

Herr Dr. Ganser stellte anhand einer Präsentation die Aufgaben und Ziele der noch zu gründenden Gesellschaft EnergieNatur vor.

Auf Nachfrage des SkB Wagner, ob bereits ein Businessplan vorliege, teilte Herr Dr. Ganser mit, dass ein großes Photovoltaik-Projekt im Westerwald entwickelt werde. Auch liege eine „Potentialstudie Wind“ vor. Grundsätzlich sei zu überlegen, ob zwangsläufig hohe Renditen durch Projekte erzielt werden müssten. Er sehe vielmehr den Nutzen der technischen Entwicklung im Vordergrund.

SkB Langer bat um Auskunft, wie kommunale Haushaltsprobleme berücksichtigt würden. Zudem stelle sich die Frage, wie die vorgestellte Zeitplanung eingehalten werden solle.

Herr Dr. Ganser und Herr Reites teilten mit, dass die Zeitplanung nur einen Rahmen darstelle. Es sei jederzeit möglich, der Gesellschaft beizutreten. In Bezug auf die kommunale Finanzlage seien bereits Gespräche mit der Bezirksregierung geführt worden. Die Bezirksregierung sehe einen kommunalen Beitritt als einen Vermögenstausch, sodass auch Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept beitreten könnten.

SkB Schoen wies darauf hin, dass die eingesetzten Mittel auch in regionale Projekte investiert werden müssten. Darüber hinaus äußerte er seine Bedenken in Bezug auf vertragsrechtliche Haftungsfragen, die Belassung der Betriebsführung in den Händen der rhenag sowie einer eventuellen Nachschussverpflichtung der Kommunen.

Herr Dr. Ganser und Herr Reites antwortete, dass selbstverständlich überregionale Projekte einbezogen würden. Die Betriebsführung sei aufgrund des dargestellten Gesellschafterdarlehens bei der rhenag anzusiedeln. Eine Nachschussverpflichtung der Kommunen werde explizit ausgeschlossen. Als möglicher Darlehensgeber sei die Sparkasse Köln/Bonn angesprochen worden.

Auf Nachfrage des Abg. Dr. Fleck, der Abg. Sicher und Abg. Anschütz informierte Herr Dr. Ganser, dass die Finanzierung der Projekte im Einzelfall geprüft werden müsse. Eine pauschale Finanzierung über z. B. die KfW schließe er aus. Eine Sanierung des Siegburger Rathauses als Projekt sei nicht möglich. Grundsätzlich werde angestrebt, Gewinne mit den Projekten zu erwirtschaften. Die bis dahin laufenden Betriebsausgaben könnten über das vorgestellte Gesellschafterdarlehen oder schon geplante Projekte finanziert werden.

Abg. Metz und SkB Langer bedankten sich für die ausführliche Information. Es stelle sich jedoch die Frage, wie bei einer Vielzahl von beigetretenen Kommunen eine einvernehmliche Projektauswahl stattfinden solle. Auch bei der Besetzung des Prüfungsausschusses bestünden erhebliche Bedenken. Hier sei schlussendlich die rhenag als größter Anteilseigner bestimmend. Zudem bat Abg. Metz um Auskunft, ob bzw. wie eine Kooperation mit kommunalen Vereinigungen und Stadtwerken vorgesehen werde oder ob es zu konkurrierenden Projekten kommen könne.

Herr Dr. Ganser antwortete, dass ausschließlich die Kommunen angesprochen worden seien. Ein Beitritt kommunaler Unternehmen sei jedoch grundsätzlich möglich. Ob in einzelnen Kommunen „Konkurrenzprojekte“ vorstellbar seien, könne derzeit nicht beantwortet werden.

SkB Schoen und Abg. Dr. Kuhlmann baten um Auskunft, des Nutzens für und der Steuerungsmöglichkeiten durch die Kommunen. Weiterhin hinterfragte er den Nutzen dieser Gesellschaft für die rhenag.

Herr Dr. Ganser gab zu bedenken, dass die beteiligten Kommunen jederzeit die rhenag als fachlichen Berater nutzen könnten. Zudem bestehe durch eine Beteiligung die Möglichkeit, innerhalb der Gesellschaft steuernd tätig zu werden. Für die rhenag selber komme auf den Prüfstand, wie die künftige Energiewende angegangen werden könne.

Abschließend bedankte der Vorsitzende Abg. Smielick sich für die ausführlichen Informationen und begrüßte die Planung, eine Vielzahl von erneuerbaren Energien mit einzubeziehen.